

GUATEMALA

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Nach Jahren konservativer und korrupter Regierungen schürt der überraschende Wahlsieg des Sozialdemokraten Bernardo Arévalo von der Partei Movimiento Semilla (MS) bei den Präsidentschaftswahlen 2023 die Hoffnungen auf ein demokratischeres und sozial gerechteres Guatemala. Die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung bleiben aber auch nach seinem Amtsantritt am 14. Januar 2024 gewaltig. Die junge und akademisch geprägte Partei des neuen Präsidenten setzt sich laut Wahlprogramm unter anderem für bessere Arbeitsbedingungen und stärkere Rechte für Arbeitnehmer_innen ein. Die Regierung Arévalo hat im Kongress jedoch keine feste Mehrheit, sodass sämtliche Gesetzesvorhaben durch Kompromisse mit etablierten, meist konservativen Parteien und Politiker_innen ausgehandelt werden müssen. Über eine starke gewerkschaftliche Basis verfügt die MS nicht.

In der Übergangsperiode zwischen der Wahl 2023 und dem Amtsantritt Arévalos versuchte die alte Elite um den sogenannten »Pakt der Korrupten«, dessen Amtsantritt mit allen Mitteln zu verhindern. Nur der anhaltende Protest der indigenen Bewegung und der große internationale Druck konnten das demokratische Wahlergebnis letztlich absichern. Die nicht absetzbare Generalstaatsanwältin sowie die Staatsanwaltschaft (Ministerio Público) setzen ihren Kampf gegen die neue Regierung jedoch fort. Die MS ist aufgrund fadenscheiniger Vorwürfe der Staatsanwaltschaft bis auf Weiteres suspendiert, was ihre Arbeitsfähigkeit in Parlament und Öffentlichkeit massiv beeinträchtigte. Der andauernde Rechtsstreit und die Realitäten eines verkrusteten, gegen jede Reform gewappneten politischen Systems führten zu einer erheblichen Enttäuschung der progressiven gesellschaftlichen Kräfte mit Semilla. 13 der 23 Abgeordneten verkündeten schließlich im Mai 2025 die Gründung einer neuen politischen Partei, Raices, um aus dem juristischen Stillstand auszubrechen. Vor dem Hintergrund sich weiter verstärkender Angriffe der Justiz auf

indigene und soziale Bewegungen bleibt abzuwarten, ob sich die Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Landes halten lassen.

Die guatemalteckische Gewerkschaftsbewegung hält sich wie schon 2023 trotz ihrer – zumindest in der Theorie – inhaltlichen Nähe zum neuen Präsidenten im Kampf um die Demokratie sichtbar zurück. Dies wird unter anderem auf das starke Gewicht von öffentlichen Angestellten verschiedener Regierungsinstitutionen in den Gewerkschaften zurückgeführt. Das Verhältnis der drei wichtigsten Dachverbände zur Regierung muss insofern als ausbaufähig betrachtet werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Laut dem »Better Jobs Index« der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) ist Guatemala das Land mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und dem größten Geschlechtergefälle der Region. Auch dem Global Rights Index des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zufolge gehört Guatemala zu den zehn Ländern mit den weltweit schlechtesten Arbeitsbedingungen. Arbeitsrechte sind nicht garantiert und Arbeitnehmer_innen sind unlauteren Arbeitspraktiken ausgesetzt, ohne sich rechtlich dagegen wehren zu können. Ein Indikator hierfür sind die informellen Arbeitsverhältnisse, die vor allem in der Landwirtschaft, dem Handel, aber auch dem verarbeitenden Gewerbe bestehen. Für Frauen hat der Bereich der häuslichen Arbeit und Pflege eine besondere Bedeutung, da dieser Sektor fast vollständig der Informalität unterliegt und hohe Risiken für die Beschäftigten birgt. Geringe Löhne (ca. 30 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns), unentgeltliche Überstunden und keine soziale Absicherung wie Kranken- oder Rentenversicherung charakterisieren diese Beschäftigungsverhältnisse ebenso wie eine hohe Anfälligkeit für Missbrauch und moderne Formen der Sklaverei.

Nach den Prognosen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für das Jahr 2023 wird sich die seit der Corona-Pan-

demie herrschende Wirtschaftskrise weiterhin negativ auf die Arbeitswelt auswirken. So ist zu befürchten, dass die Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze weiterhin abnimmt, während sich deren Qualität gleichzeitig verringert. Infolgedessen wird sich die soziale Situation vulnerabler Gruppen (Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitnehmer_innen, indigene Völker, LGBTQI) absehbar weiter verschlechtern.

Das guatemaltekeische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird vor allem von vier Produktionssektoren bestimmt, die zwei Drittel des BIP ausmachen: verarbeitendes Gewerbe, Groß- und Einzelhandel, private Dienstleistungen sowie Landwirtschaft, Viehzucht, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei. In der Landwirtschaft sind nach wie vor die meisten Menschen beschäftigt, der Sektor verliert jedoch zunehmend an Bedeutung, obwohl hier viele Menschen mit geringer Schulbildung und prekären Löhnen tätig sind. Stattdessen tragen der Industrie- und der private Dienstleistungssektor zunehmend mehr zum BIP bei.

Den allgemein guten makroökonomischen Daten wie geringe Staatsverschuldung, niedrige Arbeitslosigkeit (ca. 3,2 Prozent, 2022) und solides Wirtschaftswachstum (4,1 Prozent, 2022) steht eine extrem hohe soziale Ungleichheit gegenüber. Angaben der Weltbank zufolge lag die Armutsrate in Guatemala im Jahr 2021 bei 49,3 Prozent. Zudem haben nach ILO-Daten nur 12,1 Prozent der Bevölkerung Zugang zu einer Form der Sozialversicherung. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt kaum über dem Niveau des Mindestlohns. Frauen und junge Menschen haben überdies ungünstige Aussichten, in den formalen Arbeitsmarkt zu gelangen, was die Ungleichheit auf den Arbeitsmärkten weiter verschärft. Die Erwerbsquote von Frauen lag im Jahr 2022 bei lediglich 41,5 Prozent, verglichen mit 82,8 Prozent bei den Männern. Über 79 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich im informellen Sektor. Zwar ist sich die neue Regierung all dieser Probleme bewusst, es bleibt jedoch abzuwarten, ob der traditionell »schlanke Staat« Guatemalas hier für progressive Interventionen genutzt werden kann.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Guatemala ist ein demokratisch verfasstes Land, das jedoch von großer Ungleichheit und einer Reihe von tiefen strukturellen Problemen gekennzeichnet ist, die sich im Laufe der letzten Jahre deutlich verschärft haben. Die Gewährleistung der Menschenrechte verschiedener Bevölkerungsgruppen ist zunehmend beeinträchtigt. Die Staatsgewalten sind nur bedingt unabhängig, sodass von einer dysfunktionalen Demokratie gesprochen werden muss. Die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit in Guatemala ist in privaten Unternehmen stark eingeschränkt. Zudem wird dem Staat vorgeworfen, den Schutz der organisierten Arbeitnehmer_innen systematisch zu unterlaufen.

Im öffentlichen Sektor haben sich zwei Phänomene entwickelt, die hinsichtlich der Gewährleistung von Arbeitnehmer_innenrechten besorgniserregend sind: Zum einen werden innerhalb desselben Betriebs oder derselben Institution mehrere Gewerkschaften gegründet, zum anderen findet eine Instrumentalisierung der Gewerkschaften durch die Regierung statt, um Druck auf die Beschäftigten auszuüben. Darüber hinaus beteiligen sich Gewerkschafter_innen in einigen Fällen an Korruption, was zu einer gesamtgesellschaftlichen Ablehnung der Gewerkschaftsbewegung geführt hat.

GEWERKSCHAFTEN IN GUATEMALA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Guatemala ist durch Repressionen und ständige Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. In den Jahren 1932, 1954 und 1978–1984 wurde die Gewerkschaftsbewegung brutal unterdrückt und systematisch zerschlagen. In der letzten großen Welle der Jahre 1978–1984 wurden Dutzende von Gewerkschaftsführer_innen und Hunderte von Mitgliedern er-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Guatemala

| Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|--|---|-------------------------------|--|
| Central General de Trabajadores de Guatemala, CGTG (Allgemeine Zentrale der Arbeiter_innen Guatemalas) | Generalsekretär: Luis Armando López Cortés | mehr als 90 Gewerkschaften | Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA), Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) |
| Unión Sindical de Trabajadores de Guatemala, UNSITRAGUA (Gewerkschaftsbund der Arbeiter_innen Guatemalas) | kein Vorsitz; Kollektivführung über gemeinsamen Ausschuss Internationaler Sekretär: Julio Coj | ca. 40 Gewerkschaften | CSA, IGB |
| Confederación de Unidad Sindical de Guatemala, CUSG (Verband der gewerkschaftlichen Einheit Guatemalas) | Carlos Mancilla | ca. 30 Gewerkschaften | CSA, IGB |

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Guatemala

| Branchenverband/ Gewerkschaft | Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|---|-------------|---|----------------------------|--|
| Sindicato de Trabajadoras y Trabajadores de la Educación de Guatemala, STEG (Gewerkschaft der Beschäftigten im Bildungswesen Guatemalas) | – | Generalsekretär: Joviel Acevedo | ca. 40000 | Bildungsinternationale (EI) |
| Sindicato Nacional de Trabajadores de Salud de Guatemala, SNTSG (Nationale Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen) | – | Generalsekretärin: Dora Regina Ruano | ca. 15000 | Internationale der öffentlichen Dienste (PSI) |
| Sindicato de Trabajadoras Domésticas, Similares y a Cuenta Propia, SITRADOMSA (Gewerkschaft der Hausangestellten, verwandten und selbständigen Arbeitnehmerinnen) | – | Generalsekretärin: Fidelía Castellanos | mehr als 300 Mitglieder | International Domestic Workers Federation (IDWF) |

mordet oder Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens. Diese Ereignisse verhinderten sowohl die Weitergabe von Erfahrungen als auch die Nachfolge von Führungspersonlichkeiten und prägen die Bewegung bis heute.

Eine der wichtigsten Änderungen, die mit der Verfassung der Republik Guatemala von 1985 eingeführt wurde, war die Genehmigung zur Gründung von Gewerkschaften in öffentlichen Einrichtungen. Artikel 206 des Arbeitsgesetzes definiert eine Gewerkschaft als ständige Vereinigung von Arbeitnehmer_innen, Arbeitgeber_innen oder Personen mit freien Berufen oder Gewerben (Selbstständige), die zur Beobachtung, Verbesserung und zum Schutz ihrer jeweiligen gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen gegründet wird. Die derzeitige Situation der Gewerkschaftsbewegung ist jedoch kritisch und besorgniserregend. So sind die Gewerkschaften in privaten Unternehmen beispielsweise mit einer starken gewerkschaftsfeindlichen Politik der Arbeitgeber_innen konfrontiert, die von Drohungen und Schikanen gegen ihre Mitglieder bis hin zur Ermordung ihrer Führungspersonen reicht.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Guatemala existieren Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, Branchengewerkschaften sowie Berufsgewerkschaften. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad wird auf zwei Prozent geschätzt (100 000 – 150 000 Mitglieder) und ist damit einer der niedrigsten in Lateinamerika. Die Arbeit der meisten Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände ist nicht gesellschaftspolitisch orientiert, sondern beschränkt sich auf Lohnforderungen sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen auf Unternehmensebene.

Vor allem im öffentlichen Sektor sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich konnten sich einzelne Gewerkschaften zusammen mit den starken regionalen und lokalen Strukturen der Schulen und Gesundheitszentren organisieren. Allerdings häufen sich insbesondere bei den öffentlichen Gewerkschaften die Korruptionsfälle, bei denen staatliche Vertreter_innen den betreffenden Gewerkschaftsmitgliedern

Vorteile zukommen lassen und für deren Wohlergehen sorgen. Die bekannt gewordenen Fälle haben zu einer weit verbreiteten Ablehnung der Gewerkschaftsbewegung in der guatemalteckischen Bevölkerung geführt.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Obwohl die guatemalteckische Gesetzgebung prinzipiell die Gründung von Gewerkschaften und die Ausübung von Gewerkschaftstätigkeiten garantiert, bestehen in der Realität weitreichende Hindernisse und Einschränkungen. Die politische Krise der letzten Jahre hat die Rechtsstaatlichkeit sowie die sie stützenden Institutionen geschwächt. Die vorherige Regierung von Alejandro Giammattei (2020–2024), die als autoritär, ultrakonservativ sowie eng mit der Wirtschaftselite und dem organisierten Verbrechen verbunden galt, bevorzugte eine sozioökonomische Politik zugunsten der Arbeitgeber_innen und eine Flexibilisierung der Arbeit, wodurch die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften weiter erschwert wurden.

Darüber hinaus sind die Arbeitsgerichte kooptiert und durch Korruption, mangelnde Unabhängigkeit und Ineffizienz gekennzeichnet. Straflosigkeit ist weit verbreitet. Nur ein sehr geringer Prozentsatz der Straftaten wird vor Gericht gebracht; die Aufklärungsquoten sind schockierend gering. Die von der Staatsanwaltschaft registrierten Beschwerden beziehen sich vor allem auf die Insubordination von Beamt_innen oder Einzelpersonen, d. h. auf die Nichtbefolgung von Gerichtsurteilen. Dieser Umstand wird auch von der Regierung Arévalo in den nächsten vier Jahren nur schwer zu ändern sein, da der formelle Einfluss der Regierung auf die Gerichte sehr begrenzt ist. Auch das Parlament, in dem es aktuell keine progressive Mehrheit gibt, hat durch die turnusgemäße Berufung von Richter_innen nur einen begrenzten Einfluss.

Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern spiegelt sich in Guatemala auch in der Gewerkschaftslandschaft wider. Der Zugang zu einer effektiven Beteiligung und die Möglichkeit, Führungspositionen innerhalb der Gewerkschaften zu erreichen, sind für Frauen begrenzt. Zwar haben die Gewerkschaften in Guatemala begonnen, sich mit politi-

schen Diskussionen über Feminismus zu befassen, die notwendige Erneuerung ihrer Strukturen im Rahmen der Geschlechterparität, wurde jedoch noch nicht in Angriff genommen, wodurch viele Formen der Gewalt gegen weibliche Gewerkschaftsmitglieder normalisiert und unsichtbar gemacht werden. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, dass die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 (Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt) in den Entscheidungsgremien der Gewerkschaften bisher nicht zur Sprache gebracht wurde, mit Ausnahme der von Frauen geführten Gewerkschaften, wie die der Hausangestellten oder Sexarbeiter_innen.

Der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad in Guatemala ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass der Großteil der Wirtschaft informell ist, was es den Gewerkschaftsorganisationen erschwert, sich in den Augen der staatlichen Institutionen als Gewerkschaft zu etablieren.

Nach Angaben der ILO hat Guatemala 74 Übereinkommen ratifiziert, von denen 61 in Kraft getreten sind, darunter acht von zehn Kernarbeitsnormen, vier Übereinkommen zur Regierungsführung sowie 62 von 177 technischen Übereinkommen. Die beiden Kernarbeitsnormen zu Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt (C155 und C187) hat Guatemala nicht ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Übereinkommen durch die Regierung ist ein wichtiger Schritt zum Schutz der Rechte von Arbeitnehmer_innen in Guatemala, dennoch ist es noch ein weiter Weg, bis diese Rechte auch in der Praxis geachtet und geschützt werden.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Analog zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist die Tarifabdeckung sehr gering und schwer in Zahlen belegbar. Tarifbindung im herkömmlichen Sinne besteht nur im öffentlichen Dienst. Hier werden zum Teil hohe Abschlüsse mit bis zu 16 Monatsgehältern erzielt. Für den privaten Sektor liegen hingegen keine belastbaren Daten zur Gewerkschaftsdichte und zu Tarifverträgen vor.

Trotz der bereits erwähnten Repräsentativitätsprobleme hat die Zusammenarbeit zwischen einigen Gewerkschaften zu internen Erneuerungsbemühungen geführt. Der Druck, dem die Gewerkschaften in Guatemala ausgesetzt sind, macht die kontinuierliche Förderung solcher Prozesse jedoch fast unmöglich. Aus diesem Grund haben sich die Narrative, Führungsstrukturen, Organisationsstrategien und gewerkschaftspolitischen Konzepte in Guatemala bisher kaum erneuert. Die Führungen unabhängiger Gewerkschaftsverbände sind teilweise seit mehr als 20 Jahren an der Macht. Auch in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat sich eine Führungselite etabliert, die kein Interesse an Erneuerungsprozessen besitzt, sondern nur daran interessiert ist, sich im Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen zu verewigen. Zwar könnten hier Räume für einen gewerkschaftsübergreifenden Dialog geschaffen werden, aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen und Perspektiven innerhalb der einzelnen Gruppierungen ist es jedoch schwierig, diesen zu etablieren.

Die Gewerkschaften in Guatemala arbeiten nur punktuell zusammen. Eine systematische Kooperation findet nicht statt, da aktuell keine sinnvollen Bündnisse zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen existieren.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Im Wesentlichen lassen sich zwei Tendenzen beobachten: Zum einen befinden sich die unabhängigen Verbände (CGTG, CUSG, UNSITRAGUA) in einem ständigen Überlebenskampf, der sie daran hindert, Vorschläge für ihre weitere Entwicklung mit einer mittel- und langfristigen Perspektive zu erarbeiten. Der überwiegende Teil ihrer personellen und finanziellen Ressourcen ist für die rechtliche Verteidigung ihrer Aktivist_innen und Mitglieder gebunden, die von fadenscheinigen Strafverfahren und/oder Entlassungen betroffen sind.

Zum anderen neigen die relativ starken Gewerkschaften des öffentlichen Sektors dazu, sich mehr um ihre eigenen Tarifverträge als um die Situation der Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu kümmern. Zudem ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mehrere Gewerkschaftsführer_innen dieses Sektors wegen des Verdachts auf Korruption. Auch führende Vertreter_innen der Gewerkschaften des Gesundheits- und Bildungssektors werden strafrechtlich verfolgt. Aus diesen Gründen ist die Gewerkschaftsbewegung in Guatemala in Bezug auf die Durchsetzung von Arbeitsrechten nur sehr schwach aufgestellt.

Eine der größten Herausforderungen für die Gewerkschaften in Guatemala ist die Ausübung von Gewalt, von der die Gewerkschaftsarbeit besonders betroffen ist. Gewerkschafter_innen werden häufig in ihrer Arbeit bedroht und riskieren nicht selten ihr Leben. Guatemala ist eines der Länder mit der höchsten Rate an gewerkschaftsfeindlicher Gewalt in Lateinamerika. Die von der Staatsanwaltschaft registrierten Zahlen in Bezug auf Straftaten gegen Gewerkschafter_innen sind nur die Spitze des Eisbergs. Beschwerden über andere Arten von Aggressionen werden nicht registriert. Dazu zählen Kriminalisierung, Drohungen, Einschüchterung, Überwachung, Verfolgung, Einbrüche, Verletzungen und vieles mehr. Drohungen und Einschüchterungen sind die häufigsten Mittel, um die Gewerkschaftsarbeit zu behindern, was ein Beweis für die gewerkschaftsfeindliche politische Kultur ist, die sich in Guatemala etabliert hat.

Ein weiterer Faktor, der zur Stagnation des gewerkschaftlichen Handelns beiträgt, hängt mit der Erneuerung der Gewerkschaftsführung bzw. dem Generationenwechsel in den Führungsstrukturen zusammen. Die Führungen sind teils seit Jahrzehnten im Amt und die Narrative wurden trotz der nationalen politischen Veränderungen sowie der globalen Dynamik der neuen sozialen Bewegungen, die weniger vertikale und patriarchalische Strukturen erfordern, nicht erneuert, was auch die inhaltliche Erneuerung hinsichtlich feministischer Themen oder der Perspektiven junger Menschen erschwert.

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, den Organisationsgrad zu erhöhen und den informellen Sektor einzubeziehen, in dem die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt ist, deren Arbeitsrechte am häufigsten verletzt werden, und der zudem Hindernisse für das Wirtschaftswachstum reproduziert. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen lernen, Aktionsbündnisse zu bilden, um Polarisierungen und Spaltungen zu überwinden sowie die Fähigkeit zu schaffen, als einheitlicher Akteur aufzutreten und die progressiven Kräfte im Land zu unterstützen.

Im Jahr 2022 konnte bereits ein runder Tisch der Gewerkschaften für nachhaltige Entwicklung (Guatemala Trade Union Roundtable for Sustainable Development) bestehend aus CGTG, UNSITRAGUA und CUSG etabliert werden, was einen Fortschritt im Prozess um gemeinsame Agenden, Maßnahmen und Arbeitskämpfe darstellt. Damit ist ein bedeutender Raum für Dialog und Analyse über die Zukunft der Arbeit und die verschiedenen Herausforderungen der guatemaltekischen Gesellschaft in Bezug auf Arbeitsrechte entstanden, in dem auch die notwendige Erneuerung der Gewerkschaften sowie ihrer Akteure und Narrative thematisiert werden kann. Auch das gestiegene Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung kann der guatemaltekischen Bewegung nur guttun. Beim dritten internationalen Solidaritätskongress mit Guatemala im April 2024 waren unter anderem die Generalsekretäre des IGB und des Gewerkschaftsbunds der Americas (CSA) anwesend. Derlei internationale Flankierung für die Demokratisierung Guatemalas kann auch interne Reformprozesse der Gewerkschaftsbewegung vorantreiben.

Dr. Daniel Mann, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung für Guatemala, Honduras und Costa Rica

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
fabian.lischkowitz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.